



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die  
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
- im Hause -

Berlin, 10. November 2023  
**Zukunft des 49-Euro-Tickets offen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das 49-Euro Ticket („Deutschlandticket“) ist zwischenzeitlich sechs Monate auf dem Markt und war auch Thema der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023, daher stellen wir Ihnen hiermit eine Bewertung zur Verfügung und ziehen eine verkehrspolitische Bilanz.

Am 1. Mai 2023 ist das 49-Euro-Ticket gestartet. Das Ticket ermöglicht für den Preis von 49 Euro im Monat die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in ganz Deutschland. Es können Busse, S- und U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen, Regionalbahnen und Regionalexpresszüge in der 2. Klasse sowie meistens auch Fährverbindungen, die in den ÖPNV eingebunden sind, genutzt werden. Nicht gültig ist das 49-Euro-Ticket hingegen im Fernverkehr (z.B. IC, EC, ICE, aber auch RE-Linien der DB Fernverkehr AG). Daneben sind private Anbieter wie z. B. FlixTrain und FlixBus ausgeschlossen. Ebenso gilt das Ticket nicht in Verkehrsmitteln, die überwiegend zu touristischen oder historischen Zwecken betrieben werden.

Trotz bundesweitem 49-Euro Ticket gibt es bundeslandspezifische Angebote wie bspw. das 29-Euro Ticket in Berlin. Das 49-Euro Ticket ist damit ein Angebot, das zum bestehenden Tarifdschungel hinzukommt. Der viel kritisierte Flickenteppich besteht – anders als von der Ampel Regierung immer wieder behauptet - weiterhin.

In Bezug auf die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 zur Finanzierung des 49-Euro-Tickets stellen sich für uns die folgenden Fragen:

**Ulrich Lange MdB**  
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 227- 77990  
F 030. 227- 76990  
ulrich.lange@bundestag.de  
www.cducusu.de

**Thomas Bareiß MdB**  
Vorsitzender der  
Arbeitsgruppe Verkehr

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
T 030. 227-73783  
F 030. 227-76783  
thomas.bareiss@bundestag.de  
www.cducusu.de

### **Wie fällt die bisherige Bilanz des 49-Euro-Tickets aus?**

Seit dem Start des 49-Euro-Tickets wurden elf Millionen Abos verkauft, neu abonniert wurde das Ticket nur von einer Million Menschen. Wie viele von diesen Personen davor bereits ÖPNV-Kunden waren ist nicht bekannt. Das 49-Euro-Ticket wird überwiegend von ÖPNV-Bestandskunden genutzt, die ihre bisherigen Tickets aufgrund ihrer zuvor teureren Abos darauf umgestellt haben. Die Nutzung des ÖPNV ist also trotz des 49-Euro-Tickets offenbar nicht so attraktiv wie es scheint.

### **Wie wird das 49-Euro-Ticket in Städten und im ländlichen Raum genutzt?**

Eine Auswertung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, der im Auftrag von Bund und Ländern die bundesweite begleitende Marktforschung koordiniert, kommt zu dem Ergebnis, dass es beim 49-Euro-Ticket ein starkes Stadt-Land-Gefälle gibt: Demnach besitzen in Metropolen und Großstädten rund 20 bis 30 Prozent der Befragten ein 49-Euro-Ticket, in Kleinstädten und im dörflichen Raum sind es hingegen gerade einmal sechs Prozent. Das zeigt, dass ein günstiges ÖPNV-Ticket allein nicht ausreicht, um die Menschen zum Kauf und damit zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bewegen. Damit das 49-Euro-Ticket kein Metropolenticket bleibt, sondern auch die Menschen im ländlichen Raum davon profitieren können, muss das ÖPNV-Angebot vor Ort attraktiver werden. Es gilt daher das ÖPNV-Angebot flächendeckend zu verbessern, anstatt Unsummen für ein neues billiges Tarifangebot auszugeben.

### **Bleibt es dauerhaft bei dem Ticketpreis von 49Euro?**

Es ist davon auszugehen, dass das 49-Euro-Ticket teurer werden wird. Ob man bei einem Betrag von 69 oder sogar von 89 Euro landen wird, bleibt abzuwarten. Hintergrund der unsicheren Preisentwicklung ist, dass die Finanzierung des 49-Euro-Tickets nur bis Mai 2024 gesichert ist, nicht aber für die kommenden Jahre. Bund und Länder tragen für den Zeitraum von 2023 bis 2025 die jährlichen Kosten des Tickets in Höhe von drei Mrd. Euro je zur Hälfte, also jeweils 1,5 Mrd. Euro. Für das erste Jahr hat sich der Bund zudem verpflichtet, Mehrkosten zur Hälfte mitzutragen, die bspw. bei der Einführung und Digitalisierung des Tickets anfallen. Allerdings gibt es eine solche Zusage für die Jahre 2024 und 2025 nicht. Lediglich die nicht genutzten Mittel aus dem Jahr 2023 können in das Jahr 2024 übertragen werden. Die Länder haben bereits im Sommer 2023 von Bundesverkehrsminister Wissing gefordert, dass sich der Bund auch nach 2023 an den Mehrkosten des 49-Euro-Tickets beteiligt. Bundesverkehrsminister Wissing hat jedoch sämtliche

Gesprächsangebote abgelehnt und immer bekräftigt, dass der Bund aus der Finanzierung der „besten Idee der Ampel“, dem „49-Euro-Ticket“, im Haushaltsjahr 2025 komplett aussteigen wird.

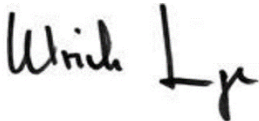
Das zeigt, dass das 49-Euro-Ticket für Bundesverkehrsminister Wissing nur ein Prestigeprojekt ist, das der reinen Selbstinszenierung dient. Durch die Einführung des 49-Euro-Tickets wurden den Ländern erhebliche finanzielle Mittel entzogen, die sie für den ÖPNV-Ausbau hätten einsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Ticket nützt dem ländlichen Raum nicht, begünstigt in erster Linie Bestandskunden, trägt nicht zur Verbesserung des Angebots im ÖPNV bei, und wird aller Wahrscheinlichkeit nach demnächst deutlich teurer werden. Auf diese Mogelpackung haben wir bereits weit vor der Einführung des Tickets hingewiesen.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Lange MdB



Thomas Bareiß MdB